

PRESSEINFORMATION

Schnelle Hilfen für Teuerungsausgleich in Pflegeeinrichtungen gefordert

Die wirtschaftliche Situation in vielen steirischen Pflegeeinrichtungen spitzt sich zu, wie Franz Ferner, Vorsitzender des Fachausschusses Pflegeheime in der WKO Steiermark und Geschäftsführer der Volkshilfe, betont. „Nach zweieinhalb Jahren Pandemie leiden viele Einrichtungen der Pflege und Betreuung älterer Menschen, egal ob stationär oder mobil, einerseits unter dem sich ausweitenden Personalmangel und andererseits unter den stark gestiegenen Energiepreisen.“ Helfen können nur zielgerichtete Maßnahmen durch Land und Bund.

Mit zielgerichteten und schnellen Hilfsmaßnahmen müsse die Leistungsfähigkeit der Pflegeeinrichtungen als Teil der kritischen Infrastruktur gesichert werden. So fordert die Direktorin der Caritas, Nora Tödting-Musenbichler, einen sofortigen Energiekostenausgleich durch das Land und den Bund. So sollen Einrichtungen der stationären und der mobilen Pflege- und Gesundheitsversorgung Energiekostensteigerungen für zunächst sechs Monate erstattet bekommen.

Hälfte der Kostensteigerung auffangen

Jakob Kabas vom Dachverband der öffentlichen Pflegeheime verlangt, dass der Bund und das Land zusätzlich jeweils zur Hälfte Kostensteigerungen, etwa bei Medizinprodukten oder Lebensmitteln, rückwirkend ab Juli 2022 für zunächst neun Monate auffangen sollen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die steirischen Betreiber die Teuerung nicht an die betreuten Menschen weitergeben. Die Kosten für zu die zu erbringenden Leistungen legt ausschließlich das Land Steiermark fest. Für das Jahr 2022 wurden bisher nur 2,5 Prozent an Teuerung abgegolten. Die Einrichtungen sind somit ausschließlich vom Handeln der Landesregierung abhängig. Auch der inzwischen zur Auszahlung gebrachte Energiebonus des Bundes in der Höhe von 500 Euro an die vollversorgten Bewohner der Pflegeheime geht nicht an die Pflegeheime, die die Teuerungen abfangen müssen. Bei rund 11.000 Bewohner von Pflegeheimen hat der Staat an die 5,5 Millionen Euro an von den Einrichtungen vollversorgten Bewohner ausgeschüttet. „Auch dies sollte dringend überdacht werden“, schließt Ferner.

Graz, 22. September 2022

Rückfragehinweis:

Berufsgruppenvorsitzender Franz Ferner
0676 870 830 005
franz.ferner@stmk.volkshilfe.at